

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 26.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Selbstsendungen nur: Postfachkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 30. Juni 1911.

Insertionspreis für die viersp. Pettzeile 30 Pfg. Stellengefühe und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Arbeiterbewegung und Kunstpflege.

Wenn im verflochtenen Jahrhundert, dem Zeitalter des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts irgend ein Gebiet, das außerordentlich veredelnd und kulturfördernd wirkt, vernachlässigt wurde, dann ist dies zweifellos die Pflege des Kunstsinns. Im Holzgewerbe machte sich diese Tatsache nicht zum wenigsten fühlbar. Zum Beweis hierfür genügt der Hinweis auf den glücklichemweise im Verschwinden begriffenen sogenannten Jugendstil. Welche Abgeschmacktheiten begegnete man — und vereinzelt heute noch — im Bereich von Möbeln und Häuserfassaden? Lediglich dem praktischen Zweck entsprechend; von Kunstsinne und Kunstpflege keine Spur. Wiewohl beide Eigenschaften: Zweckmäßigkeit und Formensönheit miteinander vereint dem Ganzen erst diejenige Vollkommenheit verleihen, die man von demselben fordern muß. Diese Entwicklung der letzten Jahrzehnte in künstlerischer Beziehung, die sich als eine Bedürfnislosigkeit in der Geschmacksrichtung äußert, hat seinen Ursprung in dem materialistischen Zeitgeist, der die gegenwärtige Generation beherrscht. Daß sich neuerdings wieder Bestrebungen geltend machen, die geeignet sind, den dem Volke abhanden gekommenen Kunstsinne wieder zu wecken, ist sehr zu begrüßen. Bahnbrechend auf diesem Gebiete wirkt der Direktor der Mannheimer Kunstschule Herr Dr. Wichert.

Die christlichen Gewerkschaften waren sich jederzeit ihrer Aufgabe sowohl als wirtschaftliche Interesse wie auch als Kulturbewegung bewußt, und lag es für das hiesige Ortskartell nahe, seine Mitglieder mit den Ideen dieses Herrn bekannt zu machen. Zu diesem Zwecke fand am Samstag, den 24. d. Mts., abends 9 Uhr, im großen Saale des „Bernardushof“ allgemeine Mitgliederversammlung statt, in welcher Herr Dr. Wichert das Thema: „Die Kunstpflege in Mannheim und die neueren Bestrebungen auf diesem Gebiete“ behandelte. Wie das Aufgehen der Morgenröthe einer besseren, glücklicheren Zukunft muteten einem die von idealer Begeisterung für die Kunstpflege getragenen Worte des Redners an. Die Psychologie des Arbeiterstandes berücksichtigend, lehnte er seine Ausführungen an die in der Arbeiterschaft vielfach vorhandene Ansicht an, daß die Kunst ein Vorbehaltsgut der besitzenden Klasse — der oberen Zehntausend — sei. Wie wenig dies zutreffend sei, bewies der Redner an verschiedenen Beispielen. Es fehle nur an dem nötigen Verständnis für die Kunst, um sich nicht an all den Schönheiten, die uns von dieser geboten werden, zu erfreuen. Schon die Fäbkeit, den Sinn, den der Künstler in sein Bild gelegt, zu machen auch den Arbeiter reich und glücklich, lasse ihn die Sorge des Tages und die Müdigkeit des Körpers vergessen. Das von der irdischen Last gedrückte Menschenherz erhebe und erfreue sich und verschaffe sich so einen schönen, wenn nicht den schönsten Genuß. Ebenso überzeugend wies Redner die Ansicht zurück, die in weiten Arbeiterkreisen noch vorherrschend ist, die verfügbaren Mittel der Arbeiter genügen nicht, um in den Besitz von Kunstwerken zu gelangen. In den meisten Fällen genüge das Geld, das man sich im Unverstand für Schund und Plunder abnehmen ließe, zur Beschaffung schöner und künstlerisch wertvoller Gegenstände. Aufklärung wie deshalb dringend not und er wundere sich, daß von berufener Seite in dieser Beziehung bisher so wenig geschehen sei. Die Kunst müsse Gemeingut des ganzen Volkes werden. Die heutige Kunst sei keineswegs schlecht, nur fehle es sehr oft an Abnehmern der künstlerischen Schöpfungen, was in vielen Fällen zur Folge habe, daß große Künstler das denkbar ärmlichste Dasein fristen. Würden seine Bestrebungen gewürdigt, dann würden für die Künstler selbst, wie überhaupt für das Kunstgewerbe wieder bessere Zeiten kommen und dieser erhabene Beruf wieder jene Bedeutung erlangen, die ihm in der gegenwärtigen kulturell fortgeschrittenen Zeit gebühre. Um seine Idee der Verwirklichung entgegenzuführen, wurde auf seine Anregung hin vor kurzem ein Verein gegründet, dessen Zweck er des näheren erläuterte und den Anwesenden zum Beitritt empfahl. Die mit größtem Interesse verfolgten Ausführungen fanden begeisterte Zustimmung, die auch in der nachfolgenden Diskussion zum Ausdruck kam. Die Vorträge des Vereins sind folgende:

1. Eine „Akademie für Jedermann“, d. h. die Veranstaltung von regelmäßigen Lichtbildabenden mit Vortrag oder Vorlesung über Kunst und verwandte Gebiete in einem eigens dafür von der Stadtgemeinde eingerichteten und zur Verfügung gestellten Saal der Kunstschule;
2. Einrichtung einer ständigen, jedermann zugänglichen Rat- und Auskunftsstelle in der Kunstschule für Kunstpflege des täglichen Lebens, insbesondere für künstlerische Wohnungs- und Kleiderpflege;
3. Planmäßige Kunstpropaganda vielseitiger Art durch Ausstellungen, Verbreitung geeigneter Schriften und Merkblätter.

Veröffentlichungen der Tagespresse, zielbewusstes Zusammenwirken aller zur Förderung der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks in Mannheim bereits vorhandenen oder noch entstehenden Organisationen u. a. m.

4. Soweit außerdem noch Mittel verfügbar sein sollten: Die Erwerbung geeigneter Kunstwerke für die Kunstschule, das kunstwissenschaftliche Institut und die Akademie, sowie insbesondere zur Verteilung als Haus- und Wandschmuck an die Teilnehmer des Bundes zu billigen Preisen.

II. Der freie Bund zur Einbürgerung der bildenden Kunst in Mannheim setzt sich zusammen aus:

1. Einzelpersonen mit einem Jahresbeitrag von mindestens 50 Pfg.
2. Körperschaften, Behörden, Anstalten, Berufsorganisationen, Handelsfirmen, Vereinen mit einem Jahresbeitrag von mindestens 10 Mark.
3. Förderern des Bundes mit einem Jahresbeitrag von mind. 20 Mk.
4. Protektoren des Bundes mit einem Jahresbeitrag von mindestens 100 Mark.

Die dem Bunde Angehörigen haben das Recht zur unentgeltlichen Zuanpruchnahme der unter I Ziffer 2 erwähnten Auskunftsstelle und zur Teilnahme an den übrigen Unternehmungen unter noch festzusetzenden vorzugsweisen Bedingungen.

III. Die gemäß Ziffer II oder sonstwie eingehenden Mittel werden dem Direktor der städtischen Kunstschule zu treuen Händen übergeben, der über sie — bezüglich des Kassens- und Rechnungswesens unter Mitwirkung eines rechnungsverständigen städtischen Beamten — für die in Ziffer I bargelegten Zwecke verfügt und auch die sonstigen Geschäfte des Bundes besorgt. Die Beaufsichtigung und oberste Leitung der Geschäfte übernimmt der Oberbürgermeister.

IV. Die Ausgestaltung des freien Bundes zu einem eingetragenen Verein bleibt vorbehalten.

Eine große Anzahl der Anwesenden kamen der Aufforderung betr. Beitritt zu obigem Bunde, der bereits mehrere tausend Mitglieder zählt und über ganz enorme Mittel verfügt, sofort nach. So wird Mannheim vorbildlich wirken in der Pflege des Kunstsinns, was gleichbedeutend ist mit der kulturellen Hebung, Bildung und Veredelung unseres Volkes. Dieser Bewegung die größte Aufmerksamkeit und Unterstützung zuzuwenden, dürfte eine dankenswerte Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, besonders aber unseres Verbandes sein.

Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910.

Wie der soeben vom Generalsekretariat herausgegebene Bericht zeigt, haben die christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre wiederum auf allen Gebieten recht schöne Fortschritte zu verzeichnen. Trotz der vielen Anfeindungen war es den Segnern nicht möglich, die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu hemmen und das Vertrauen der christlichen Arbeiter zu ihrer Organisation zu erschüttern. Für den Kenner der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist diese Erscheinung leicht begreiflich. Einmal liegt die langjährige, segensreiche Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften offen zu Tage und andererseits stellen die christlichen Gewerkschaften keinen planlos zusammengelaufenen Haufen zersplitterter Arbeiter dar, sondern umfassen meist Mitglieder mit festen und geklärten Grundanschauungen, die auch bei Stürmen nicht wankelmütig werden und ihre Sache zu vertreten wissen. Mit dieser Tatsache werden sich allmählich auch die verschiedensten Gegner der christlichen Gewerkschaften abfinden müssen.

Der gegenwärtige Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften bewegt sich zwischen 310 000 und 350 000. Das bedeutet eine Zunahme seit dem 1. Januar 1910 von 60 000 bis 70 000 Mitglieder. Im Jahre 1910 stieg die Mitgliederzahl von 280 061 auf 316 115, also um 36 054 oder um 12,8%. Auf die einzelnen Verbände verteilen sich diese Zahlen wie folgt:

Organisation	Zahl der Organe a. 31. 12. 1910	Mitgliederzahl Ende		Zu bezw. Abnahme	
		1909	1910		
Bergarbeiter	798	81 704	82 855	+ 1151	
Textilarbeiter	274	30 451	40 320	+ 9869	
Bauarbeiter	823	35 465	35 647	+ 182	
Metallarbeiter	235	24 002	33 963	+ 9961	
Bayerische Eisenbahner	99	28 017	26 967	- 1050	
D. Eisenbahnhdw. u. Arb.	236	11 640	19 654	+ 8014	
Staats-, Gem., Verk.-Arb.	340	13 752	13 800	+ 48	
Holzarbeiter	264	11 312	13 407	+ 2095	
Tabakarbeiter	119	6 016	7 840	+ 1824	
Heimarbeiterinnen	55	6 476	6 368	- 108	
Keramarbeiter	159	5 934	6 019	+ 85	
Lederarbeiter	117	4 198	5 107	+ 909	
Schneider	117	3 466	3 963	+ 497	
Maler	105	3 306	3 610	+ 304	
Telegraphenarbeiter	81	3 414	3 207	- 207	
Gutenberg-Bund	77	2 931	3 045	+ 114	
Württemb. Eisenbahner	59	1 861	2 542	+ 681	
Nähr- u. Genussm.-Arb.	34	1 302	2 158	+ 856	
Kellner	24	1 220	1 920	+ 700	
Graphisch. Zentralverb.	52	1 462	1 527	+ 65	
Krankenpfleger	14	1 374	1 378	+ 4	
Gärtner	37	728	818	+ 90	
		4119	28 061	316 115	+ 36 054

An der Aufwärtsbewegung in diesem Jahre sind wieder alle Verbände beteiligt; hoffentlich und voraussichtlich hält die Mitgliederzunahme auch in der zweiten Jahreshälfte an. Die christliche Gewerkschaftsbewegung befindet sich also gegenwärtig auf dem Marsche zum vierten Hunderttausend gewerkschaftlicher Streiter. Dieser Vormarsch darf und wird bei alseitiger Pflückerfüllung in der Agitation keine Unterbrechung erleiden.

Ebenfalls recht günstig haben sich die Kassenverhältnisse entwickelt. Die Einnahmen stiegen in der Berichtszeit gegenüber dem Vorjahre von 4 612 920 Mk. auf 5 490 994 Mk. Von den Mehreinnahmen entfallen auf Aufnahmegebühren 11 606 Mark, regelmäßige Beiträge 606 537 Mk. und Extrabeiträgen 249 930 Mk. Die nachstehende Tabelle zeigt, welche Einnahmen die einzelnen Verbände aufzuweisen haben:

Organisation	Aufnahmegebühren	Beiträge	Extrabeiträge	Sonstige Einnahmen
Bergarbeiter	7 249	1 138 866	—	106 775
Textilarbeiter	3 502	576 948	—	21 920
Bauarbeiter	8 928	702 835	215 255	98 524
Metallarbeiter	8 832	785 268	23 094	40 020
Bayerische Eisenbahner	1 181	267 765	—	48 251
Deutsche Eisenbahnhdw. und Arbeiter	—	35 779	—	3 183
Staats-, Gemeinde-, Verk.-Arbeiter	3 128	243 833	7 066	9 321
Holzarbeiter	3 060	355 078	21 168	29 257
Tabakarbeiter	1 275	85 193	—	4 079
Heimarbeiterinnen	644	26 176	1 622	1 477
Keramarbeiter	1 474	76 626	998	9 009
Lederarbeiter	1 372	93 762	3 060	7 465
Schneider	1 101	66 734	—	2 367
Maler	1 862	50 062	—	2 716
Telegraphenarbeiter	602	46 989	—	3 117
Gutenberg-Bund	—	109 514	—	16 814
Württemberg. Eisenbahner	28	4 947	—	4 592
Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter	759	20 045	550	614
Kellner	287	21 480	1 034	6 396
Graphisch. Zentralverband	196	24 727	—	525
Krankenpfleger	658	7 504	69	1 694
Gärtner	285	9 510	—	2 893
[46 423 4 749 641 273 916 421 014				

Die gestiegene Leistungsfähigkeit der christlichen Gewerkschaften tritt auch bei den Ausgaben deutlich in die Erscheinung. Dieselben sind gegenüber den Ausgaben im Jahre 1909 von 3 843 504 Mk. auf 4 916 270 Mk. gestiegen. Trotzdem war es möglich, den Vermögensbestand von 5 365 338 Mk. auf 6 113 710 Mk. zu erhöhen. Es ist dies auch ein Beweis dafür, daß die Finanzverhältnisse der christlichen Gewerkschaften gesunde sind, die Bewegung also von einer soliden finanziellen Unterlage getragen wird. Damit soll selbstredend nicht gesagt sein, daß es keine Zahlstellen mehr gibt, in denen die Finanzverhältnisse unbefriedigt sind. Deren gibt es noch eine ganze Anzahl. Wir zweifeln jedoch nicht daran, daß auch in diesen Zahlstellen die Kollegen bestrebt sein werden, solche Beiträge einzuführen, durch die die Lokalkassen ebenfalls eine gute finanzielle Unterlage erhalten. Nachstehend sind die Kassenverhältnisse der einzelnen Verbände in Einnahme, Ausgabe und Vermögensbestand aufgeführt:

Organisation	Gesamte Einnahme	Gesamte Ausgabe	Kassenbestand am	
			31. 12. 1909	31. 12. 1910
Bergarbeiter	1252890	988418	1905147	1852754
Textilarbeiter	602370	495220	687306	644038
Bauarbeiter	1025542	1234173	416508	303757
Metallarbeiter	857214	730733	1020268	958960
Bayerische Eisenbahner	317197	220851	773053	773053
Deutsche Eisenbahnhdw. und Arbeiter	38967	33175	9520	9520
Staats-, Gemeinde-, Verk.-Arbeiter	263348	261855	41145	24256
Holzarbeiter	408563	308461	415806	336732
Tabakarbeiter	90547	78608	83448	77150
Heimarbeiterinnen	29919	26390	32545	28226
Keramarbeiter	88107	80971	29250	25608
Lederarbeiter	105659	98126	55812	45230
Schneider	70202	64823	36106	25103
Maler	54640	47527	30270	27593
Telegraphenarbeiter	50708	44451	6256	6256
Gutenberg-Bund	126328	98654	524176	413105
Württembergische Eisenbahner	9597	8984	583	583
Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter	21968	17363	9162	5719
Kellner	29197	27232	11271	3049
Graphischer Zentralverband	25448	20655	20655	16461
Krankenpfleger	9925	8441	2203	1484
Gärtner	12688	12159	3220	1617
[5 409 994 4 916 270 6 113 710 5 365 338]				

Bei den Ausgaben spielen die Unterstühtungen eine bedeutende Rolle. Burden doch im Jahre 1910 weit über zwei Millionen, genau 2.393.775 Mark für Unterstühtungen veranschlagt. Im Jahre 1909 betrug die Summe 1.703.473 Mk. Mit hin ist im Jahre 1910 eine Steigerung von 690.502 Mk. gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dabei fällt insbesondere die gewaltige Steigerung der Streiks und Gemahregelnterstützung auf; sie ist in der Hauptsache auf den großen Kampf im Baugewerbe, der sich im Berichtsjahre abspielte, zurückzuführen. Die Aufwendungen für Reise- und Arbeitslosenunterstützung sowie für Krankengeld haben eine kleine Verringerung erfahren, was auf den flotteren Geschäftsgang des Jahres 1910 gegenüber dem des Jahres 1909 zurückzuführen ist.

Organisation	mit der Unterstühtung verbunden	an der Unterstühtung beteiligt						
Baugewerbe	12101	3208	216702	71400	75426	4	2044	84
Textilgewerbe	65002	40683	97771	9390	1347			
Metallgewerbe	708108	30978	20624	9709	8545			
Bayerische Eisenbahnen	188201	30978	134082	4723	5117			
Deutsche Eisenbahnen u. Abh.			28189	2143	2042			
Staats-, Gemeindef., Verkehrsab.	31045	4080	30835	3225	9138			
Staatshilfen	70456	32931	37126	3130	1395			
Lohnarbeiter	25570	4407	620	605	834			
Seemannsvereine	617	5002	165	105	813			
Landarbeiter	18271	3432	1148	1136	1136			
Lehrer	33309	3872	7087	580	521			
Schreiber	10404	2400	3502	175	181			
Maler	3359	617	2300	315	315			
Telegraphenarbeiter			10114	1050	417			
Gewerkschaftsbund			20380	1800	349			
Wärtembergische Eisenbahnen	1244	214	702	80	498			
Nahrungsmittelindustrie	940		6180	1000	34			
Schneider	1671		3251	100	273			
Graphischer Zentralverband								
Kranenleger								
Glühbirnen								

„Unsere öffentlichen Körperschaften als Behörden in der Bodenfrage.“

Referenten dazu waren: Stadtsyndikus Dr. Landmann-Mannheim, Stadtrat Dr. Luppe-Frankfurt a. M., Stadtvorstandener Dr. Heilbrunn-Frankfurt a. M. und Professor Dr. Stein-Frankfurt a. M. Die ersten drei Redner hatten ihren Ausführungen Leitsätze zu Grunde gelegt.

Wie das Thema schon andeutet, handelte es sich um die Frage der kommunalen und staatlichen Bodenpolitik in ihrer Wirkung auf die Wohnungsfrage. Aus den Vorträgen entrollte sich ein Bild von dem, was ist, was nicht ist und was werden muß von Amts wegen. In der Diskussion kamen nicht weniger denn 15 Redner zu Wort, zumeist Theoretiker auf dem Gebiet der Wohnungsfrage, sowie einige Vertreter bestimmter wirtschaftlicher Organisationen. Ein Interessantes aus dieser Diskussion verdient festgehalten zu werden. Als dritter Redner kam der Syndikus der Berliner Terrainsgesellschaften, also ein ausgesprochener Vertreter freier Bodenpekulation, der Hauptursache unserer hohen Mieten, zu Wort. Verstand der Mann aber was von der Wohnungsfrage? Seine Kenntnis von der Wohnungsfrage gipfelte in der Behauptung, in Berlin könne jeder Arbeiter für Dreihundert Mark zu jederzeit eine Wohnung von 2 Zimmer haben. Ein homerisches Gelächter der Versammlung war die Quittung darauf. Dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Südekum war durch diese Rede eines Spekulantenvertreters Gelegenheit zu einem billigen Triumph gegeben, während derselbe im übrigen nichts Sonderliches zu sagen wußte, als eben mit einigen dialektisch gewandten Ausführungen gegen den genannten Syndikus Dr. Böhrer zu polemisieren, und demselben vorzuhalten, daß es in Berlin 30 000 Kellerwohnungen und 70 000 Einzimmerwohnungen gebe, die sogar entgegen der Polizeivorschrift bewohnt werden und daß von den 70 000 Einzimmerwohnungen 58 % nicht heizbar sind, trotzdem aber größtenteils von Familien bewohnt werden. Am Schluß der Behandlung des ersten Gegenstandes gab dann der bekannte Gerichtsrat Kulemann in dreiviertelstündigem Schlußwort ein Fazit der Beratung, indem er die Reformforderungen zusammenfaßte und zur Verfolgung empfahl.

Das zweite Hauptthema war: **„Die Finanzierung unserer Bautätigkeit in großen und kleinen Orten, ihre Mängel und ihre Reform.“**

Die Referate hierzu hatten Geh. Hofrat Professor Dr. Wittke-Dresden und Landesbankrat Reusch-Wiesbaden übernommen. Als das wesentlichste Merkmal aus dieser Materie ist hervorzuheben, daß es sich nicht allein um die Beschaffung der Baugelder für den gemeinnützigen Hausbau, sondern um die Beschaffung von Baugeld auch für den privaten Hausbau handelte. Insbesondere wurde die Frage der Beschaffung der zweiten Hypothek eingehend vom finanztechnischen Standpunkt aus behandelt. Es ergeht auch dem Laien klar, daß allerdings nicht lediglich der gemeinnützige Hausbau imstande ist, die Wohnungsfrage zu lösen, sondern daß der Hauptanteil dem Privatbau verbleiben wird, weshalb grundsätzlich die Reformierung der gesamten Bautätigkeit zu fordern ist. An der Debatte beteiligten sich wiederum 15 Redner, die jedoch mit einigen Ausnahmen mit Ausführungen aufwarteten, welche weit ab von der eigentlichen Materie führten und darum wiederholt vom Vorsitzenden unterbrochen werden mußten. Eigenlichen Wert hatten dagegen vor allem die Ausführungen einiger Finanzfachleute, von welchen in Uebereinstimmung mit den Referenten Reformen des Hypothekenrechts und ähnliches verlangt wurden.

Zuletzt behandelte Geh. Justizrat Professor Dr. Erman-Münster, der bekannte wissenschaftliche Vorkämpfer für Bodenreform und Erbbaurecht das Thema: **„Die Beleihung des Erbbaurechts und wirtschaftlich verwandter Formen gebundenen Grundbesitzes.“**

Sehr ausführliche Leitsätze lagen dem Referat zu Grunde. Die Frage des Erbbaurechts und vor allem die Finanzierung des Baues von Arbeiterwohnhäusern nach dem Erbbaurecht kann als eine der wichtigsten Fragen der Wohnungsreform gelten, weil darin die beste Möglichkeit zum Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern gegeben ist. Dazu kommt, daß die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches durchaus unvollkommen sind und deren Reform daher dringend zu fordern ist. Professor Erman zeichnete die Linie, auf welcher das Erbbaurecht zu großem Segen für die Arbeiterklasse und die gesamte Kultur werden kann. Wir werden auch hierauf zurückkommen.

Den Schluß des Wohnungskongresses, an dem etwa 300 Vertreter teilgenommen hatten, bildete eine große öffentliche Volksversammlung, in welcher das Problem der Wohnungsfrage in vollständiger Weise behandelt wurde. Verschiedene Besichtigungen von gemeinnützigen Unternehmungen und ein Besuch der Internationalen Hygienischen Ausstellung in Dresden bildeten willkommene Ergänzungen zu den Beratungen. Ein weiterer Kongreß soll in drei bis vier Jahren stattfinden.

Abgeordneter Beder über die Reichsversicherungsordnung.

Ueber die Rede des Kollegen Siegerswald in der Offener Riesenerversammlung haben wir bereits berichtet. Nachzutragen ist noch die Rede des Reichstagsabgeordneten Kollegen Beder, aus der wir leider jedoch wegen Platzmangel nur einige Stellen wiedergeben können.

Nachdem Kollege Beder die parlamentarisch-technischen Gründe, die bei der Beratung des Gesetzes eine Rolle spielten, auseinandergesetzt hatte, kam er auf die Frage zu sprechen, **warum das Gesetz nicht mit den Sozialdemokraten habe gemacht werden können.**

„Ich gebe zu“, so führte Kollege Beder aus, „daß eine Mehrheit sich auf diesen Wege gefunden hätte, hätte finden können, es aber andererseits auch bei einer solchen Mehrheit das Gesetz zur Beschließung gekommen wäre, ist sehr zweifelhaft, weil die verbündeten Regierungen keinen Zweck aus dem hätten ziehen können, dessen Beschließung die Regierung des Reiches wünschen würde. Denn auf die große Kraft des deutschen Bürgeriums muß das ganze deutsche Reichswesen sich stützen; es kann sich nicht verlassen auf die beschränkten Elemente im deutschen Volkstum. Aber, meine verehrten Herren, es gab auch noch andere Gründe, die ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten einfach unmöglich machten. Die Herrschaften forderten in der Kommission nicht mehr und nicht weniger, als daß in Zukunft die Reichsversicherung...

Sicherungsordnung nicht eine Milliarde kosten solle — soweit kostet das Gesetz, wenn es nächstes Jahr in Kraft tritt, alljährlich, — sondern

3 Milliarden alljährlich. Kosten sollte. Wären nun die sozialdemokratischen Vträge in der Kommission angenommen worden, dann, meine Herren, wären zu der Reichsversicherungsordnung, wie sie uns jetzt vorliegt, noch 2 Milliarden Mark pro Jahr hinzugekommen. Sie werden mir zugeben, wenn es auch sehr angenehm gewesen wäre, wenn die Invalidenrenten sich vervielfältigt, die Kranken- und Unfallversicherung sich erhöht, und die Hinterbliebenen-, Witwen- und Waisenrente sich erhöht oder vervielfältigt hätten, es doch einfach ein Unmögliches gewesen wäre, im Reichstage eine Mehrheit für die gewaltige Mehrforderung zu bekommen, daß es ein Unmögliches gewesen wäre, die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu erhalten. Denn vergessen Sie doch bitte auch nicht, daß es in den Kreisen der Arbeitgeber eine Masse kleiner Leute gibt, die sozial nicht besser gestellt sind, als viele deutsche Lohnarbeiter; Sie brauchen nur an die kleinen Handwerksmeister mit 2 bis 3 Gesellen zu denken, die sich mühsam durchs Leben schlagen müssen. Meine Herren, wenn die sozialdemokratischen Vträge angenommen worden wären, dann hätten

die Beiträge sich wenigstens verdreifacht,

wenn nicht noch viel mehr erhöht, und die Arbeitgeber hätten in Zukunft das Dreifache an Beiträgen aufzubringen. Und daß ein kleiner Handwerker seine jetzigen Beiträge nicht noch ohne weiteres um weitere 110—120 Mk. erhöhen kann, ich glaube, das sieht jeder vernünftige Mensch ein, so schön es auch ist, wenn der Invalide, der Kranke in Zeiten, wo er es nötig hat, möglichst viel Rente und Krankengeld bekommt. Die Sozialdemokraten erklärten uns in der Kommissionsberatung fortwährend: Was wir gefordert haben, das sind Mindestforderungen, wir sind in unseren Forderungen sehr bescheiden gewesen, die müssen angenommen werden, wenn eine nur halbwegs gute Versicherung geschaffen werden soll! Es war also absolut nicht daran zu denken, daß die Herren Sozialdemokraten von ihren Forderungen abließen, und so einen Kompromiß mit den fortschrittlichen Abgeordneten aller Parteien des Reichstages ermöglichten. Sie werden sich erinnern, daß die verbündeten Regierungen bei der Frage der Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre mehreremal im Reichstag feierlich erklärten: Selbst diese 30 Millionen, die können wir nicht mehr zugeben. Beschließt ihr Sie, dann fällt das Gesetz. Sie sehen also, daß über den Rahmen des Beschaffenen hinaus einfach nichts zu erreichen war. Die Sozialdemokraten stimmten auch gegen das, was uns jetzt gegeben ist. Es war somit ein Ding der Unmöglichkeit, mit den Sozialdemokraten einen Kompromiß zu schließen. Es wäre weiter eine Versicherungsordnung zustande gekommen ohne die Maßnahmen zu treffen, die den

Mißbrauch der Krankenkassen

für die Zwecke der Sozialdemokratie unmöglich machten. Die Regierung hätte nicht noch 7 Millionen Personen in die Krankenversicherung einbezogen, wenn nicht Maßnahmen getroffen worden wären, die den Sozialdemokraten die Möglichkeit nehmen, diese 7 Millionen neu den Krankenkassen einbezogenen Personen im Klassenkampf zu erziehen, den Klassenhaß in ihnen zu fördern und mit diesen sozial-politischen Einrichtungen, die dem Staate in seiner jetzigen Gestalt dienen sollen, mit diesen Einrichtungen den heutigen Staat zu untergraben. Meine Herren! Wenn dort Ihnen ein Lohneind gegenübertritt — die Sozialdemokraten erklären sich ja als Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft — und dieser Lohneind braucht etwas zu essen, er soll sich aber selbst das Brot abschneiden. Sie geben ihm das Brot und ein scharfgeschliffenes Messer und er sagt: Wenn du mir das Brot und das Messer gibst, dann werde ich dir dann, nachdem du mir das Brot gegeben hast, die Gurgel abschneiden — würden Sie dann wohl diesem Manne eine Wohlthat erweisen, wenn er ihnen zu gleicher Zeit sagt, er würde Ihnen wirtschaftlichen Ruin herbeiführen, er würde die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen? Zum Schluß seiner Ausführungen kam Kollege Beder auf die Frage zu sprechen,

warum eigentlich die Sozialdemokraten das Gesetz ablehnten.

„Sie lehnten es ab, weil sie nicht mehr in bisheriger Weise ihre Parteianhänger in den Krankenkassen unterbringen können. (Sehr richtig!) Das ist der Sozialdemokratie wichtiger als die Einbeziehung der sieben Millionen ländlichen Arbeiter und Dienstboten in die Krankenversicherung, das ist ihr wichtiger als die Witwen- und Waisenversicherung, und das ist ihr wichtiger wie die Heraussetzung des Krankengeldes. Die Sozialdemokraten haben durch die Ablehnung des Gesetzes eine große Schuld auf sich geladen, und sie haben abermals gezeigt, daß auf sie bei sozial-politischen Gesetzesvorlagen kein Verlaß ist, daß mit ihrer Vertreterwahl nicht kalkuliert werden kann bei Mehrheitsbildungen. Die Sozialdemokraten haben wieder einmal gezeigt, daß sie es sind, die die große Masse von Arbeitern, die hinter ihr herlaufen, aus der Gesetzgebung selbst ausschalten. Die Sozialdemokratie ist es, die die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe um das Aufsteigen auf wirtschaftlicher Bahn schwächt. So spielt die Sozialdemokratie mit den Interessen von Millionen von Arbeitern, die sich haben einfangen lassen. Durch die unbesonnene Politik der Regation haben die Sozialdemokraten andere Parteien gezwungen, Kompromisse abzuschließen. Sie sind es, meine Herren, die uns in Zwangslagen bringen, die uns Arbeiterführer zu Konfessionen zwingen, die wir unter gewöhnlichen Verhältnissen vielleicht nicht machen würden, wenigstens nicht in dem Maße. Wir haben uns bemüht, eine Sprosse nach der anderen in die Leiter zu setzen, auf der

die deutsche Arbeiterklasse aufsteigen kann.

Die Sozialdemokraten wollen uns hindern, diese Sprossen einzusetzen, weil es uns nicht gelingen wollte, auf einmal zehn Sprossen hineinzusetzen. Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß das Botum der Massen, der noch nicht durch die Sozialdemokratie verhetzten Massen der deutschen Arbeiterklasse, sich nicht für die Sozialdemokratie, sondern für uns aussprechen wird. Der christlichen Arbeiterklasse erwächst aus unserer Haltung im Reichstage kein Nachteil, sondern

neuer Mut und neue Begeisterung

wird sie durchströmen, neuer Mut und neue Begeisterung wird den christlichen Arbeiter erfüllen, weiter zu kämpfen, damit seine wirtschaftliche Lage eine immer bessere wird, in seinem Interesse und im Interesse der ganzen Gesellschaft.“

Der Rede folgte langanhaltender, stürmischer Beifall.

Ohne Zweifel werden die Fortschritte, die die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 zu verzeichnen haben und die in vorstehenden Zahlen ihren Ausdruck finden, für die Kollegen, welche in der Bewegung mitgeholfen haben, ein Gefühl der Befriedigung und der Freude erwecken. Diese Fortschritte werden hoffentlich aber auch für alle Kollegen ein Ansporn sein, in Zukunft im Dienste der christlichen Gewerkschaftsbewegung das Bestmögliche zu leisten.

Zweiter deutscher Wohnungskongreß.

Dem ersten deutschen Wohnungskongreß, welcher im Oktober des Jahres 1904 in Frankfurt a. M. gelang hat, ist in der zweiten Woche nach Pfingsten ein zweiter Kongreß gefolgt. Der Kongreß legte vom 11. bis 15. Juni in den Sälen des Zentraltheaters in Leipzig zum Veranschaulichen der Bedeutung dieser Kongresse möge zunächst eine Parallele gezogen werden.

Vor 1904 gehörte die Wohnungsfrage immerhin schon zu den anerkannten sozialen Problemen unserer Zeit. Ihre Bedeutung nach der sittlichen und gesundheitlichen Seite, ja lediglich ihre soziale Bedeutung war aber nur von einigen wenigen Spezialisten erkannt, auch schlie ßte jede organisierte Bearbeitung der Wohnungsfrage, endlich noch trieben die verschiedensten Strömungen unter den Sozialreformern Wohnungsreform eigener Art, es fehlte in jeder Beziehung Plan und Organisation. Dem Betreuer der Wohnungsreform gebührt das Verdienst, einen sogenannten Wohnungskongreß, d. h. eine Zusammenkunft aller an der Wohnungsfrage interessierten Organisationen zum Zwecke der Beratung derselben herbeigeführt zu haben. Dem internationalen Wohnungskongreß im Jahre 1902 zu Düsseldorf war die Anregung gekommen.

Der erste Kongreß 1904 hatte naturgemäß eine an sich beschränkte Aufgabe, dadurch, daß die Wohnungsfrage als Problem außerordentlich verschieden beurteilt und behandelt wurde. Auf ihn sollte im wesentlichen die Theorie der Wohnungsfrage nach Bedeutung, Wesen und den Mitteln zur Abhilfe klar gestellt werden, auch mußte es auf diesem Kongreß zu einer Auseinandersetzung mit den Gegnern der modernen Wohnungsreform, den Terrainspekulationen u. kommen. Das Ziel wurde erreicht und somit konnte dem zweiten Wohnungskongreß die wesentlich weitergehende aber auch noch schwierigere Aufgabe der praktischen Maßnahmen zur Lösung der Wohnungsfrage überwiesen werden. Daraus resultiert es sich, wenn der erste Kongreß in seinem Verlauf auf Grund prinzipieller Meinungsverschiedenheiten einen zum Teil unruhigen Verlauf nahm, während der zweite Kongreß die feinsten erörtert wissenschaftlicher Arbeit gewidmet war. Zweierlei möchte daher wohl der erste Kongreß gewesen sein, weitwöhrer für die Praxis war entscheidend der zweite Kongreß. Wenden wir uns einer letzten Betrachtung des Verlaufs des zweiten Wohnungskongresses zu.

Erst vor sei noch bemerkt, daß im Rahmen dieses Aufsatzes von einer eingehenden Beschreibung des Verlaufs dieses und der folgenden Jahre keine Rede sein kann. Das muß einer nachfolgenden Abhandlung vorbehalten bleiben, was uns hier notwendig erscheint, als der behandelte Stoff gerade vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus eine eingehende Beschreibung zum Teil wichtiger, zum Teil ergänzender Art verdient. Zur heute möge daher eine summarische Beschreibung des Verlaufs der Tagung genügen. Dem Kongreß waren drei Hauptgebiete der praktischen Wohnungsfrage zur Bearbeitung gestellt, außerdem brachte die einleitende Rede des Vorsitzenden Grafen Polakowsky einen Überblick über den Stand der Wohnungsfrage, gewissermaßen als Begründung für die nachden von dem einzigen Redner gewählten Referate durch Stein, Kommer und Selbständige. Erstlich kam zur Verhandlung:

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, dass mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der...

Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalauges von 10 Pfg., Gesamtwochenbeitrag 60 Pfg., erhält...

Arbeitslosenmeldekarte ist spätestens am 4. Juli...

Zeitungsfindung liegen die Abrechnungsformulare...

dem Abschnitt der Zahlkarte ist stets anzugeben, ob...

in Nr. 20 fehlen uns bei der Zentralfstelle infolge Nach...

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen...

Der Zugang ist fernzuhalten von...

Wärter und Maschinenarbeitern: Liegnitz; Worms,...

Änderungen in laufenden Tarifverträgen.

berfeld. Am 1. Juli tritt auf alle gezahlten Löhne...

er Kampf in Stolberg wird in unveränderter Schärfe...

er Kampf in Stolberg wird in unveränderter Schärfe...

nicht wählerisch. Man hat ausgekundschafet, daß der Kollege...

Mülheim a. d. Ruhr. Nachdem die Kollegen in letzter...

Meiderich. In einer am Sonntag, den 11. Juni ab...

Sterkrade. Vor einigen Wochen reichten unsere Kollegen...

In Winterthur und Umgebung sind die Bau-, Möbel...

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamm i. W. Nachdem sich die Organisationsverhältnisse...

Dorsten i. W. Im Verlaufe dieses Frühjahres wurde von...

Künster i. W. Laut Vertrag tritt am 1. Juli erstmalig...

Lage, wirksam für die Kollegen einzutreten, wenn dieselben...

Sägearbeiter.

Gengenbach. Die jahrelangen Bemühungen, auch die hiesigen...

Fassen wir speziell die Verhältnisse in dem Sägewerk...

Es ließe sich über die Arbeitsverhältnisse noch manches...

Krankengeldzuschußkasse.

Die Abrechnungsformulare vom II. Quartal 1911 liegen...

Um einen genaueren Halbjahresabschluss zu ermöglichen...

Wenn Vorschüsse verlangt werden, möge bei der Bestellung...

Letzter Termin zum Einsenden der Abrechnung ist der 15. Juli.

Bei Einsendungen an die Zentrale ist stets auf dem Abschnitt...

Mitgliedsbücher werden nur an der Zentrale ausgestellt...

Das Mitgliedsbuch ist stets einzusenden, wenn der Ueberritt...

Gewerkschaftliches.

Die Mitgliederzunahme unseres Verbandes hat auch...

Im I. Quartal 1910:	Zunahme 124,	Gesamtzahl 11486
II. " 1910:	" 685,	" 12121
III. " 1910:	" 549,	" 12670
IV. " 1910:	" 787,	" 13407
I. " 1911:	" 749,	" 14156
April 1911:	" 256,	" 14412
Mai 1911:	" 459,	" 14871

Die Gesamtzunahme beträgt mithin in diesem Zeitraume 3559 oder rund 31 Prozent. In demselben Zeitraume sind von sozialdemokratischen Verbänden zu unserm Verbands 602 Mitglieder übergetreten.

Wir bitten alle Lokalverwaltungen, Vertrauensleute, Bezirksvorsitzende und Mitglieder dafür zu sorgen, daß auch fernerhin der Anschluß anhalt. Wenn jeder an seiner Stelle mitarbeitet, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Ein eindrucksvoller Arbeitertag der christlich-nationalen Arbeiterschaft von Gamm bis Bielefeld fand am Sonntag, den 18. Juni auf dem Schützenhofe in Delbe (Westfalen) statt. Tausende hatten sich eingefunden, um in einer einmütigen Willensäußerung ihrer Standes- und Berufsfragen Stellung zu nehmen. Gleichzeitig aber legte diese Massenversammlung beredtes Zeugnis ab von ihrer tiefwurzelnden christlichen und nationalen Gesinnung. Dieses brachte Bezirksleiter Hirtler gleich in der Begrüßungsansprache begeistern zum Ausdruck. Anschließend wurde ein dreifaches Hoch auf Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. ausgebracht und folgendes Telegramm abgefaßt: Ueber achttausend Arbeiter, versammelt zu einem christlich-nationalen Arbeitertag in Delbe (Westf.) übermitteln Eurer Majestät das Gelübnis unwandelbarer Treue. J. A. Wikar Böckmann, Schreiner Gustav Bischoff, Metallarbeiter Eberth, Holzrentkempfer, Delbe (Westf.). Herr Wikar Böckmann sprach sodann im Namen des Festkomitees den so zahlreich herbeigeleiteten Arbeitern den Dank aus und betonte, es sei jetzt eine unbedingte Notwendigkeit, noch mehr wie bisher für die Ausbreitung der Ideen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu sorgen. — Hierauf ergriff Reichstagsabgeordneter Kollege Wiedeburg das Wort und sprach über die Bedeutung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. Redner wies nach, daß heute dem Arbeiterstande die Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben nicht mehr streitig gemacht werden könne, da unser Wirtschaftsleben durch ihre Mithilfe und durch die Intelligenz des deutschen Arbeiters groß und mächtig geworden sei. Brauender Beifall folgte den Ausführungen. Der zweite Redner Kollege Giesbertz sprach über die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für Volk und Vaterland. Nachdem der Redner die großartige Entwicklung Deutschlands mit kurzen Strichen gezeichnet hatte, ging er näher auf unsere heutige innere Lage ein. Nicht zerstören, sondern aufbauen ist unsere Aufgabe, daran muß jeder Stand mitwirken. Dieser Aufgabe muß auch der Arbeiterstand gerecht werden. Das will die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Sie sieht als erste und größte Aufgabe an, den Arbeiterstand zu heben und empfehlern in diese heutige Gesellschaft. Daneben aber wollen wir auch auf das Volksganze sehen und für dessen Wohlergehen mitwirken. Und weil wir das wollen, ist es Pflicht der anderen Stände, auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu fördern. Sodann sprach als letzter Redner Kollege Oberhassel-Bielefeld über die Massenbrüderlichkeit in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, betonend, daß noch mit größerer Energie und Opferfreudigkeit der Individualismus bekämpft werden müsse. Die Sozialdemokratie habe sich deshalb so frech auf, weil untererwärts ihr nicht scharf genug entgegen getreten würde. Die Parole für die Zukunft müsse für uns lauten: Für ein in die konfessionellen Vereine, hinein mit Massen in die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung. Brauender Beifall wurde auch diesem Redner zuteil. Kollege Hirtler sprach das Schlusswort. Erhebend sei für alle Teilnehmer diese gewaltige Kundgebung gewesen. Nun käme es darauf an, das Gehörte in die Tat umzusetzen. Jeder müsse ein Agitator, ein wackerer Vorkämpfer unserer Sache sein, denn brauche uns für die Zukunft nicht zu bangen. Mit einem begeisterten Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung endigte die so würdig verlaufene Feier. — Zur Reichsversicherungsordnung nahmen die Versammelten eine Resolution im Sinne der Offener Versammlung an.

Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie. In Gamm beschloß eine Versammlung der sozialdemokratischen Gewerkschaften pro Mitglied vier Wahlsondennoten à 25 Pfg. zu erheben. Der Versammlung wurde vorgelesen, daß die Gewerkschaften ihren aus reinem Selbsthaltungstrieb getragenen Werten, mit allen Kräften dafür zu sorgen, einen Reichstag zu bringen, in dem die Scharfmacherpläne nicht verwirklicht werden könnten. Nach dieser Begründung mußten die Gewerkschaften also mit allen Kräften dafür einzutreten, daß recht wenig Sozialdemo-

kraten in den Reichstag einzutreten, denn es steht ohne Zweifel fest, daß, je mehr Sozialdemokraten im Reichstag sitzen, um so mehr die Scharfmacher mit ihren Plänen Oberwasser gewinnen.

Für die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung. In seiner Nr. 248 vom 31. Mai d. J. schreibt der national-liberale „Schwäbische Merkur“, nachdem er eingangs die Stärke der sozialdemokr. Gewerkschaftsbewegung dargelegt:

„Aus ganz nüchternen Erwägungen heraus erwachsen der Schicht der Gehilfen auf Grund dieser bedeutlichen Entwicklung der auf die Unterminierung unseres Staatswesens gerichteten Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ganz besondere und bedeutungsvolle Aufgaben. Diese bestehen in der planmäßigen Unterstützung der christlich-nationalen Gewerkschaften dadurch, daß sie die Borurteile und das Mißtrauen, das den christlich-nationalen Gewerkschaften noch in weiten Kreisen entgegengebracht wird, auszuräumen versuchen. Die Zeit ist viel zu ernst, als daß man einer gesunden Bewegung die Ausbreitung erschweren dürfte, in einer Periode, wo die sozialdemokratische Bewegung auch in Württemberg mit Riesenschritten voranschreitet. Als notwendig erweist sich auch, daß unsere Presse den Vorgängen in der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere in der christlich-nationalen, eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwendet. — Die Arbeitgeber, die schließlich der Einführung der christlichen und nationalen Arbeiterorganisationen glauben Schwierigkeiten machen zu sollen, erzielen damit, wie die Erfahrung gelehrt hat, in sehr vielen Fällen nur, daß in kurzer Zeit die betreffenden Arbeiter der sozialdemokratischen Agitation anheimfallen. — Schließlich stehen die christlich-nationalen Gewerkschaften, trotzdem auch sie eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter erstreben, im Grunde genommen ganz anders zu dem Staat und den übrigen Berufsständen, als die sozialdemokratischen Gewerkschaften. — Wenn die Schicht der Gehilfen der gegenwärtigen Lage in der deutschen Arbeiterbewegung mit dem erforderlichen Ernst ins Auge faßt, und jeder an seinem Platze sich entsprechend betätigt, dann könnten in den nächsten Jahren in Württemberg Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen den christlich-nationalen Gewerkschaften zugeführt werden. Nur durch die Stärkung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung scheint eine soziale Verständigung zwischen der Bildungsschicht und der Arbeiterschaft und ein Damm gegen die Sozialdemokratie möglich zu sein.“

Der Verband christlicher Holzarbeiter Oesterreichs hat nicht, wie es irrtümlicher Weise in dem Bericht über den vierten Verbandstag angegeben war, ein Vermögen von Kr. 6588,15 sondern von Kr. 10784,36.

Selbe im Berliner Holzgewerbe. In der letzten Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des sozialdem. Holzarbeiterverbandes wurde über die Tätigkeit der Selben im Berliner Holzgewerbe Klage geführt. In verschiedenen Fällen hätte bei Streiks ein Erfolg nicht erzielt werden können, weil Selbe als Streikbrecher auftraten. Die Selben befolgten die Taktik, beim Ausbruch eines Streiks ihre Leute aus anderen Werkstätten herauszuheben und nach der bestrittenen Werkstatt zu schicken. — Ist es nicht eine sonderbare Tatsache, daß die Selben gerade in den roten Hochburgen aufkommen? Ungetreuer Kassierer. In Bromberg hat der Kassierer des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter (H. D.) in den Jahren 1905—09 der Ortsvereinstafel 436 Mark und der Lokalkasse 179 Mark unterschlagen. Er erhielt dafür einen Monat Gefängnis.

Soziale Rundschau.

Verband westdeutscher Konsumvereine, Sitz Mülheim (Rhein). Der selbe hält am 23. und 24. Juli in Köln, Coloniahaus Ludwigstraße seinen vierten ordentlichen Genossenschaftstag ab. Neben den für diese Tagung im Statut vorgezeichneten Punkten stehen 2 Referate auf der Tagesordnung und zwar: 1. Genossenschaftliche Grundzüge. (Referent Bankdirektor Feldmann, Bonn.) 2. Unsere nächsten Aufgaben. (Referent Geschäftsführer Wiffels, Weiden.) Außerdem findet am zweiten Tage eine Besichtigung der Neu-Anlagen (Bäder, Logengebäude und Büro) der Konsumgenossenschaft „Entsch“ Mülheim (Rhein) statt.

Genannter Verband hat in der kurzen Zeit seines Bestehens außerordentlich Fortschritte gemacht. Das Fehlen eines neutralen, reinen Konsumvereins-Verbandes führte bekanntlich zur Gründung desselben, die im Dezember 1908 mit 48 Vereinen erfolgte. Heute sind dem Verband westdeutscher Konsumvereine über 90 Genossenschaften angeschlossen, unter denen sich auch solche befinden, die wegen der dort vorherrschenden sozialdemokratischen Tendenzen aus dem Zentralverband in Hamburg ausgetreten sind. Der westdeutsche Verband ist fortgesetzt im Vormarsch begriffen. Während die übrigen Verbände von Rheinland und Westfalen, was Zahl der Vereine angeht, stagnieren, laufen bei ihm immer wieder Neu-Anmeldungen ein. Im verfloffenen Jahre wurde bei einem Umsatz von Mk. 13 946 000,11 ein Ueberschuß von Mk. 1305 241,72 erzielt. Die Mitgliederzahl stieg von 36 750 auf 52 715.

In dem künftigen Fortschritt des Verbandes liegt der Beweis, daß seinen Prinzipien und Tendenzen eine gesunde Werbekraft innewohnt. — Wie aus verschiedenen in der Fachpresse bisher erschienenen Artikeln hervorgeht, anstrebt die Leitung des Verbandes den Zusammenschluß aller in Deutschland bestehenden nichtsozialdemokratischen Konsumvereine und würde die Verwirklichung dieser Idee zweifellos eine Förderung der gesamten Konsumvereinsbewegung im Gefolge haben. Der eben erschienenen

Jahresbericht behandelt in seinem ersten Teil die Stellung des Verbandes westdeutscher Konsumvereine in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, während der zweite Teil einen genaue Bericht über seine Tätigkeit im Geschäftsjahr 1910 umfaßt. Der Bericht kann unentgeltlich vom Sekretariat des Verbandes Mülheim (Rhein) bezogen werden. C. Ba.

Gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung verlangt auf der Mannheimer Generalversammlung des „freien“ Metallarbeiterverbandes der soziald. Reichstagsabgeordnete Severin. Die Forderung auf eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung sei schon deswegen notwendig, weil mit der Arbeitsvermittlung auch die Regelung der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat und die Kommunen zusammenhänge. Wenn schon, denn schon. Auch unseren Kollegen ist eine staatliche Regelung der Arbeitsvermittlung lieber als eine solche durch Scharfmacher und Sozialdemokraten. Bestenfalls sei, daß schon vor einigen Jahren Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens für ein Reichs-Arbeitsnachweisgesetz eingetreten ist. Ein solches Gesetz scheint uns um so notwendiger zu werden, je mehr die obligatorische Vermittlung an Ausdehnung gewinnt.

Ein einheitliches Arbeitsrecht verlangt ein Parlamentarier in einer Zeitschrift an die Presse (Vochumer Anzeiger, Gocherischer Tageblatt). Der heutige Zustand sei auf die Dauer unerträglich. Auf allen sonstigen Gebieten sei die Rechtsherrschaft erreicht. Für das Arbeitsrecht aber gelten neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch noch fünf Reichsgesetze und fünf Dutzend Landesgesetze, von denen keines mit dem andern übereinstimmt. Nirgends sei die Rechtssprechung so unfriedigend wie auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes. Rechtsgebiet werde von der deutschen Wissenschaft so vernachlässigt wie dieses. Da vierzig Millionen Menschen im Arbeitsverhältnisse lebten und auf ihnen die ganze Volkswirtschaft ruhte, ließe sich trotz aller Schwierigkeiten die Schaffung eines einheitlichen, fortschrittlichen sozialen Arbeitsrechtes nicht lange hinausschieben. Die Gestaltung des Arbeitsrechtes sei für unsere innere Politik auf Jahrzehnte hinaus den Mittelpunkt bilden.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Die geschichtliche Entwicklung der Streitversicherungen finden wir in der „Vossischen Zeitung“ behandelt. Wie der Abhandlung hervorgeht, tauchte der Gedanke sich gegen die Streitfahr zu versichern, bei den Arbeitgebern zu verwirklicht wurde die Idee jedoch erst im Jahre 1890 durch den „Ausstandsversicherungsverband des Oberamtsbezirks Dortmund“. Als Erwerbunternehmer wurde zum ersten Mal 1897 eine Streitversicherungs-Aktiengesellschaft „Industrie mit 5 Millionen Mk. gegründet, aber wegen mangelnder Interessens 1898 wieder aufgelöst. Die Entschädigungsbeiträge betraf nur Erstattung der Generalunkosten, des Materialverlustes und etwaiger Konventionalstrafen. Das Interesse der Streitversicherung erwachte erst wieder im Winter 1908 durch den großen Grimmitzhauer Streik. Es kamen große Arbeitgeberorganisationen zustande; die „Hauptvereine der deutschen Arbeitgeberverbände“, in der der Zentralverband deutscher Industrieller dominierte, und der „Verein deutscher Arbeitgeber“. Die vereinigten Arbeitgeberverbände erfüllten ihre wichtigste Aufgabe in der Errichtung von Gesellschaften zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen und gründeten nächst 1905 die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, darauf den Arbeitgeber-Verband „U. G. E.“, ferner die Entschädigungs-Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller und viele andere. 1906 wurde zu engerer Verbindung und Verteilung des Streikrisikos besondere Zentral-Gesellschaft ins Leben gerufen, der 20 Entschädigungsgesellschaften angehören. Für die Durchführung der Streiks und Ausperrungen wurde ein Streik-Kampffonds gesammelt. Im Laufe der Entwicklung schloß sich bei den Arbeitgebern das Bedürfnis der Zahlung Streikentschädigung nach festen Sätzen heraus, und es wurde hierfür innerhalb der Hauptstelle der Schutzverband für Streikschäden gebildet, der jedoch erst eingreifen soll, nachdem beim Streik unmittelbar beteiligten Verbände eigene Mittel in hohem Umfange aufgewendet haben.

Aus dem gewerblichen Leben.

Ein Schränkchen, das wegen seiner Vorzüge sehr empfohlen wird, hat unser Verbandsmitglied Kollege Bernward Brindorf b. Grevenbroich (Nid.) erfunden. Die Erfindung wurde dem Kollegen unter Nr. 211006 patentiert. Bei Bedarf werden die Kollegen sich dieses Patent-Schränkchens erinnern. C. auch Inzerat.

Adressenveränderungen.

- Altenstein. V. Franz Frenzel, Langgasse 15.
- Geunersbach. V. B. Josef Förger III.
- Billingen. V. Anton Ragg, Karlsstraße 17.

Wir suchen für unsere Dampferholz-Verarbeitung zum baldigen Eintritt noch 2 tüchtige Arbeiter für geschulten und gut. Ansuchen, 1 Schleifer zum Schleifen mit Sandpapier (Schwanzel), 1 Fräser für Kreis- resp. Drehende Beschäftigung und guter Lohn gesucht.

Gebrüder Günther, Höhr b. Koblenz.

Tischler findet geschulten erprobten Tischlermeister, der auch eine tüchtige Tischler- und Schreinerwerkstatt auf seinem Hofe. **Sabberger Kunstschreiner, S. Schoppenhauer, Sabbergen, Westfalen.**

Zwei Kattenschneider werden gesucht. **Dagobertstr. Paul Otto, Düren (Nid.).** Kreisstr. 15.

Breuer's Patent-Schränkeisen D. R. P.

für alle Hand-, Band-, Gatter- und Kreissägen sind die besten Werkzeuge ihrer Art! sparen viel Zeit, Geld und Verdruß! geben allen Sägen jede gewünschte Schnittweite! schaffen stets gleichmäßig glatten Schnitt! verhüten das Abbrechen und Einreißen der Zähne! schränken Gatter und Kreissägen ohne abzuspinnen! sind von einfacher dazuerhaltender Konstruktion! von jedem, selbst vom Blinden leicht zu handhaben! kostenart billig im Preis! mit Garantie! deshalb jedem Fachmann zu empfehlen!

Zu beziehen von

Bernhard Breuer, Gindorf, Niederrh.



Eingelegte Sournie

für Nähtische, Schatullen u. Füllung. Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften.

Eustach. Biller, Marqueter, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Bautischler

Lären und neuerer 80 Entwürfe. 7.50, 32 Stück Mk. 3.30. Ferner Lad Einrichtungen im neueren Stil. 10 richtungen einfach und mittelreich Mk. 6.— **Max Alex, Seidenateller, Berlin, Franzfurter-Allee 135.**